

POSTULAT von Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Silvia Rigoni (Grüne, Zürich) und Edith Häusler (Grüne, Kilchberg)

betreffend Kreislaufwirtschaft: Auslegeordnung zu den nötigen gesetzlichen Änderungen

Der Regierungsrat wird gebeten aufzuzeigen, bei welchen staatlichen Aufgaben und Ausgaben (inkl. Subventionen) die grössten Potenziale für den schonenden Umgang mit Ressourcen und die Schliessung von Stoffkreisläufen bestehen. Es soll vor allem systematisch analysiert werden, welche Gesetze, Verordnungen und Reglemente einer Anpassung bedürfen, um diese Potenziale in Zukunft maximal auszuschöpfen. Dabei soll auch dargelegt werden, in welchem Bereichen Zielkonflikte mit anderen politischen Zielsetzungen auftreten und wie diese Zielkonflikte minimiert werden können, um die Kohärenz staatlichen Handelns zu optimieren.

Begründung:

Die Zürcher Stimmbevölkerung hat am 25. September 2022 mit einem JA-Stimmenanteil von 89.3% dem neuen Verfassungsartikel 106 a Stoffkreisläufe zugestimmt. Der Kanton Zürich steht damit in der Verantwortung, günstige Rahmenbedingungen für einen schonenden Umgang mit Rohstoffen, Materialien, Gütern und für die Schliessung von Stoffkreisläufen zu schaffen.

Auf nationaler Ebene sind die Arbeiten zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft ebenfalls im Gange. Die Schaffung neuer Rechtsgrundlagen im Umweltschutzgesetz werden grossmehrheitlich positiv aufgenommen (s. Parlamentarische Initiative 20.433 „Schweizer Kreislaufwirtschaft stärken“ und Ergebnisbericht zur Vernehmlassung vom 2. Juni 2022 des Bundesamts für Umwelt).

Die Bundesverwaltung hat im Rahmen der Erfüllung des Postulats 18.3509 Noser „Die Hürden gegen Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft abbauen“ vom 13.06.2018 ökologisch und wirtschaftlich relevante Potenziale für Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft systematisch analysiert und dabei auch einzelne Regulierungen identifiziert, die nachhaltige Praktiken verhindern. Der Bundesrat wird deshalb nun bestehende Strategien, Ziele, Gesetze und Subventionen analysieren, um die Kohärenz zwischen verschiedenen Regelungen zu verbessern.

Die Frage, welche staatliche Aufgaben bzw. Ausgaben und damit welche Gesetzesgrundlagen nachhaltige Praktiken behindern und damit das Potenzial für eine verbesserte Ressourceneffizienz und für die Kreislaufwirtschaft schmälern und deshalb einer Änderung bedürfen, ist für den Kanton Zürich relevant. Zielkonflikte mit anderen politischen Zielen und Möglichkeiten einer verbesserten Kohärenz staatlichen Handelns sollen klar benannt werden.

Karin Fehr Thoma
Silvia Rigoni
Edith Häusler